

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.
DIETER SPETHMANN
Rechtsanwalt
Sonntag, den 25. Dezember 2011

Herrn
Chefredakteur Thomas Schmid
Email

Waigel-Interview zum Euro

Lieber Herr Schmid,

danke für dieses Interview. Sie haben es minutiös und kenntnisreich vorbereitet und geführt. So haben Sie einem der Hauptakteure der damaligen Zeit Gelegenheit gegeben, sich in einer für den Bürger sichtbaren und zugänglichen Weise zu offenbaren. Das ist neu, erstmalig. Für mich ist Ihr Text ein materieller Zugewinn, obwohl ich an den konkreten politischen Gesprächen seit dem 8. November 1989 beteiligt war (DMark und Wiedervereinigung), wenn auch nur in der Kulisse. Im einzelnen:

Waigel unterscheidet zwischen Währung und Kultur: „Viele Kulturen und eine Währung – so ist es gut.“ Für Schumpeter (und andere, darunter auch mich) hingegen ist Währung Teil nationaler Kultur, weil nur durch pfleglichen Umgang mit ihr der materielle Wert einer Papierwährung erhalten und sogar gemehrt werden kann (Beispiele: Jährliche Verteilung des Produktivitätsgewinns der Volkswirtschaft oder Aufwertungen wie die DMark ab Oktober 1969). Man darf der Ansicht sein, dass Waigel mit diesem Schlußsatz den Schlüssel zum Verständnis seiner Persönlichkeit geliefert hat. Dabei könnte man es dann bewenden lassen – das baldige Ende des Euro, wie wir ihn heute kennen, wäre begründet und besiegelt, von Waigel selbst. Aber so einfach will ich es mir nicht machen.

Waigel: „ – dann war Europa die einzige große Idee, um Deutschland und uns jungen Deutschen wieder eine Zukunft zu geben.“ Das habe ich – bei aller Wertschätzung für Europa, wie es ab Mitte 1950 (Ausbruch des Korea-Krieges, Idee einer europäischen „Montanunion“ von Robert Schuman) in Umrissen sichtbar wurde - nicht so empfunden. Für mich galt ab Kriegsende als große Idee „Full employment in a free society,“ uns Kieler Studenten 1946 von dem Engländer Beveridge ans Herz gelegt und von den drei Westalliierten in zwei großen Staatsakten für uns Westdeutsche umgesetzt, der Währungsreform von 1948 und dem Grundgesetz von 1949. Einzelheiten dazu finden Sie von mir in der jüngsten Ausgabe des „Hauptstadtbrief.“ Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft aber kann nur oder jedenfalls leichter in einer eigenverant-

wortlichen Volkswirtschaft erreicht werden als in einem Staatenbund oder Staatenverbund. Die heutige EU und die heutige Eurozone sind sowohl von Vollbeschäftigung als auch von „Freier Gesellschaft“ meilenweit entfernt. Im Gegenteil: Die EU hält sich neuerdings eine eigene Truppe, genannt „Gendarmerie,“ die mit aufgepflanzten Bajonetten (Waigel spricht vom Bajonett seines Vaters) übt (siehe eurospethmann.de). Aber weiter:

Waigel: „Die angelsächsische Welt versteht uns Europäer nicht.“ Gehören also die Briten nicht mehr zu Europa? Ich kenne keine „angelsächsische Welt,“ die „uns Europäer verstehen“ könnte oder nicht. Waigel wird sich noch wundern, welche Sympathien London in Holland und den skandinavischen Staaten genießt.

So könnte ich seitenlang fortfahren, aber das gehört sich nicht, wenn man einem Chefredakteur wie Ihnen schreibt.

Nein, der Euro ist ein politisches Konstrukt, erfunden von politischen Nachbarn (gern auch „Freunde“ genannt), um Deutschland anlässlich der politisch nicht zu verhindernden Wiedervereinigung wirtschaftlich zu schwächen. Ein führender französischer Politiker verwies mich damals auf die Pariser Politik seit Richelieu, in diesem Punkt immer gleich geblieben. Für solches Konstrukt gilt Böhm-Bawerks dictum „Macht oder oekonomisches Gesetz?“ Solange die „Macht“ stärker ist, wird das oekonomische Gesetz zurückgedrängt. Verliert die „Macht“ an Stärke, schiebt sich das oekonomische Gesetz automatisch vor – wie ein Naturgesetz. So liegt unser Lebensstandard heute nach Jahren tagtäglicher Euro-Transfers wesentlich niedriger als 1989/90, siehe auch IFO-Sinn, der uns nur noch den Platz Nr 13 in Europa gibt.

Aber doch noch eine Kleinigkeit: Waigel spricht von „Weltwährungsunion.“ Meint er etwas wie Bretton Woods ab 1945, dann heißt das flexible Wechselkurse. Meint er aber eine Weltwährung, dann heißt das Revolution oder Weltkrieg. Dann nicht allzu viele Völker werden sich von ihren „Politischen Klassen“ zumuten lassen, bis zu 10% ihres jährlichen BIP an Minderleister zu verschenken, wie wir Deutschen das seit Jahren tun.

Nochmals Kompliment zu Ihrem Text, und alle guten Wünsche für 2012.

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr



Euro-Erfinder

Autor: Thomas Schmid | 08:56

Theo Waigel gibt dem Euro noch weitere 400 Jahre

Der ehemalige Finanzminister Waigel glaubt an den Euro. Pleite-Staat Griechenland hätte nie in die Währungsunion aufgenommen werden dürfen.

Welt am Sonntag: Als junger Bub haben Sie noch Krieg und Zerstörung erlebt. Hatte der junge Theo Waigel zu Anfang der 50er-Jahre schon irgendeine Vorstellung von Europa?



Foto: picture-alliance / dpa 23.08.1998:

Theo Waigel (CSU) (l.) ist Bundesfinanzminister mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) (r.)

Theo Waigel: Durchaus. Europa war unsere einzige Hoffnung. Wenn im Radio Sitzungen des Deutschen Bundestages übertragen wurden, begeisterten mich am meisten die europapolitischen Reden, etwa von Konrad Adenauer, Carlo Schmid oder Franz Josef Strauß.

Welt am Sonntag: Ernsthaft – die damals doch noch abstrakte Idee der europäischen Vereinigung hat Ihnen unmittelbar eingeleuchtet?



Theo Waigel

Waigel: Ja, sofort. Mein Bruder ist im Alter von 18 Jahren in Lothringen am 30. September 1944 gefallen. Der Bataillonskommandeur hat in einem Brief an meine Eltern gesagt: Er starb auf deutschem Boden. Kurz danach war es nicht mehr deutscher Boden. Später hat mir einmal ein französischer Parlamentsabgeordneter erzählt, dass sein Vater, ein Elsässer, viermal in seinem Leben die Staatsbürgerschaft gewechselt hat. Wenn man das als junger Bub erlebt hatte, wenn man keinen sehnlicheren Wunsch als den nach einer besseren Zukunft hatte – dann war Europa die einzige große Idee, um Deutschland und uns jungen Deutschen wieder eine Zukunft zu geben.

Welt am Sonntag: Wissen Sie, wo Ihr Bruder begraben ist?

Waigel: Ich will Ihnen etwas erzählen, womit ich sonst sehr vorsichtig umgehe. Vor einigen Wochen war ich Schirmherr einer Jugendbegegnung auf dem Soldatenfriedhof Niederbronn-les-Bains im Elsass, der wunderschön liegt und herrlich gepflegt wird. Dort liegt, neben 15.000 Anderen, auch mein Bruder begraben. Der Leiter der Begegnungsstätte, eine Franzose, führte eine Gruppe Jugendlicher an das Grab meines Bruders. Er sagte: „Hier liegt der Gustl Waigel, das ist der Bruder von dem, der an der Einführung des Euro beteiligt war.“ Und er forderte die jungen Leute auf, ihm die Münzen zu zeigen, die sie in der Tasche hatten. Er nahm eine Münze und sagte: „Das ist eine französische Münze – die eine Seite ist noch französisch, die andere aber europäisch. Als die Männer starben, die hier begraben sind, hatten die Münzen zwei Seiten, die beide national waren.“

Die heutigen Münzen sind ein wunderbarer Beweis dafür, dass aus dem Gegeneinander ein Miteinander geworden ist. Wir haben das Nationale, aus dem wir kommen, nicht vergessen – aber wir haben etwas Neues dazu gewonnen: Europa. Lassen Sie mich noch eine Anekdote hinzufügen. 1974 habe ich meinen Bauernhof in Oberrohr umgebaut, den 1932 mein Vater errichtet hatte. Als ich den Boden aufriss, kam plötzlich das Bajonett meines Vaters zum Vorschein, mit dem er im Ersten Weltkrieg in den Vogesen kämpfen musste, ein trauriges Instrument. Mit Hurra sind die Soldaten damals aufeinander losgerannt. Oder nehmen Sie meinen Großvater, der hat drei Kriege erlebt: 1866, 1870-71, 1914-18, mein Vater hat in zwei Weltkriegen kämpfen müssen. Das alles liegt nun weit hinter uns, Europa ist ein Friedensland. Ich kann gar nicht sagen, wie glücklich ich darüber bin.

Welt am Sonntag: Das ist die schöne alte Europa-Erzählung, mit der man jungen Leuten nicht mehr kommen kann. Denn für die ist das friedliche Europa der offenen Grenzen etwas Selbstverständliches.

Waigel: Das ist definitiv falsch. Ich gehe häufig in Schulen und an Universitäten und spreche über ökonomische Fragen. Und jedes Mal nutze ich die Gelegenheit, meine Geschichte und die meiner Familie zu erzählen. Und wenn ich das tue, dann wird es im Saal regelmäßig ganz still. Jeder weiß, dass es diese Geschichten auch in seiner Familie gibt. Europa hat eine emotionale Dimension, vergessen wir das nie. Dieses Europa ist ein Europa des Friedens und der Demokratie geworden – das ist wahrlich eine Story, die auch heute noch begeistern kann.

Welt am Sonntag: Heute aber sind wir inmitten der größten Krise der EU seit es sie gibt – eine Krise, die kaum ein Bürger versteht. Können Sie uns in wenigen Worten erklären, was die Ursachen dieser Krise sind?

Waigel: Die angelsächsische Welt versteht uns Europäer nicht. Der einzige, der uns in Amerika zurzeit versteht, ist Henry Kissinger...

Welt am Sonntag: ...der aus Fürth bei Nürnberg kommt...

Waigel: ...dieser Kissinger hat – anders als Alan Greenspan und die ganzen anderen Kassandren – neulich gesagt: „Ich weiß nicht, wie die Europäer diese Krise lösen werden – aber sie werden sie lösen. Und außerdem halte ich das Gerede von der größten Krise der EU für maßlos übertrieben. Es ist doch nicht die erste Krise, die wir zu bewältigen haben. Von 1974 bis in die 90er-Jahre hinein hatten wir über 20 Realignments, Abwertungen, Aufwertungen. Wir hatten immer wieder Riesenprobleme. Ein paar Mal war das alte EWS, von Helmut Schmidt und Giscard d’Estaing etabliert, fast am Zerreißen. Glaubt doch nicht, dass es in den 60er-, 70er, 80er keine Krisen gegeben hätte! Oder: Als es 1992 und 1993 im alten EWS drunter und drüber ging, haben die europäischen Zentralbanken mit etwa 300 Milliarden Dollar interveniert, um Währungen zu stützen. Das waren vielleicht nicht ganz vergleichbare Krisen – einfach war es aber auch nicht.

Welt am Sonntag: Aber die jetzige Krise hat doch eine viel größere Dimension!

Euro-Rettung mit Kollateralschaden – ein Porträt

Waigel: Sie hat eine andere Dimension. Schon deswegen, weil es jetzt um eine gemeinsame Währung geht. Aber ich wiederhole: große Krisen hat es auch vorher gegeben. Dass etwa 1954 das Projekt einer gemeinsamen europäischen Armee gescheitert ist, war eine mindestens so gravierende Krise wie die heutige. Europa hat diese Krisen immer wieder überwunden. Lassen wir uns doch nicht einreden, diese Krise nun sei unlösbar! Ich bin optimistisch. Die Selbstheilungskräfte in Europa sind groß. Hinter der europäischen Idee steht die Wirtschaft, stehen die Gewerkschaften – was ich ihnen hoch anrechne – stehen die Kirchen, und in den Feuilletons ist eine lebhafteste Debatte über Europa in Gang gekommen. Das wird schon.

Welt am Sonntag: Sie glauben wirklich, dass es eine lebhafteste EU-Debatte bei uns gibt?

Waigel: Ja sicher. Auch wenn die Politiker so tun, als gäbe es sie nicht. Habermas, Enzensberger, Vittorio Hösle und viele an-

dere haben doch wichtige Beiträge zur Europa-Debatte geleistet. Kürzlich habe ich Enzensberger, der ja ein Allgäuer ist, getroffen, da hat er mir sein Büchlein über die Problematik Europas in die Hand gedrückt. Auf der ersten Seite beschreibt er die großartigen Errungenschaften von Europa. Er erwähnt etwa, wie schwierig es in den 50ern war, auch nur nach Frankreich zu kommen – und heute offene Grenzen, ganz selbstverständlich! Ich habe ihn gefragt: „Warum haben Sie die erste Seite nicht verzehnfacht – statt auf den restlichen Seiten nur die Misere Europas zu beklagen?“ Da hat er nur gelacht. Schade.

Welt am Sonntag: Sie sind an der Einführung des Euro nicht ganz unschuldig. Lassen Sie uns über verschüttete Milch reden: Welche Fehler wurden damals gemacht?

Waigel: Ich hätte es gerne gesehen, dass es beim Stabilitätspakt noch stärkere Sanktionsmöglichkeiten gibt. Aber das war damals nicht durchsetzbar. Der Vertrag von Maastricht war in Ordnung – in Artikel 102 war übrigens eine verstärkte Zusammenarbeit in wirtschaftspolitischen Dingen vorgesehen. Dieser Pfad ist leider nach dem Ausscheiden von Helmut Kohl und mir aus der Bundesregierung nicht weiter verfolgt worden. Beim Stabilitätspakt wäre es mir natürlich lieber gewesen, wenn Frankreichs Präsident Chirac einem stärkeren und automatischen Sanktionsmechanismus zugestimmt hätte.

Welt am Sonntag: Das war nicht drin?

Waigel: Doch, es war schon drin. Aber am Ende ist das eine Entscheidung des Europäischen Rats. Und da stellt es natürlich ein großes Problem dar, wenn große Sünder mit am Tisch sitzen und mitbestimmen. Das Hauptproblem besteht darin, dass das Regelwerk später aufgeweicht wurde. Hinzu kam die sachlich falsche Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion.

Welt am Sonntag: Die von Italien war in Ordnung?

Waigel: Sie war vertretbar. Italien hat am Anfang in der Währungsunion auch ordentlich gewirtschaftet und seine Finanzstruktur verbessert. Griechenland aber war völlig unvertretbar, Belgien war auch ein Problemfall.

Welt am Sonntag: Wenn der Maastricht-Vertrag die Aufweichung des Regelwerks zuließ, dann kann er doch nicht in Ordnung gewesen sein. Warum haben die Sanktionsmechanismen nicht gegriffen?

Waigel: Im Gegensatz zu dem, was aus Regierungskreisen zu hören ist und was manchmal auch die Bundeskanzlerin sagt, ist das kein Geburtsfehler, sondern ein Erziehungsfehler bei Heranwachsenden. Man hätte einfach die Regeln nicht aufweichen und missachten dürfen. Man hat irrtümlicher Weise geglaubt, die Währungsunion sei ein Selbstläufer und müsse nicht weiter verteidigt werden. Alles gehe schon von selber. Deswegen die ungeheuerliche Nachlässigkeit gegenüber Griechenland, das nie und nimmer in die Währungsunion hätte aufgenommen werden dürfen.

Welt am Sonntag: Ihnen kamen auf dem Weg zum Euro nie Zweifel?

Waigel: Ich sage Ihnen ganz ehrlich, in dem Prozess auf dem Weg zum Euro bis 1998 gab es ein paar Momente, in denen ich mir – ohne es jemandem zu sagen – gedacht habe: Wenn die Dinge nicht besser laufen, wenn die Zahlen einiger Länder nicht drastisch besser werden, dann können wir es nicht machen. **Wir wollten nicht auf Biegen und Brechen zum Euro kommen.** Für mich war klar: Ich lasse mich nicht unter Druck setzen.

Welt am Sonntag: Sie sind der Erfinder des Stabilitätspakts? Wie kamen Sie auf die Idee?

Waigel: **Wir haben Anfang bis Mitte der 90er-Jahre plötzlich gemerkt, dass es nicht nur um die Staatverschuldung geht, die in Prozenten gemessen wird. Es geht vielmehr darum, dass es eine implizite Staatsschuld gibt.** Wenn man alles, was in der Pipeline ist, zusammenrechnet, dann liegt das, was auf unsere Kinder und Enkel zukommt, in Deutschland nicht bei 80, sondern bei 250 bis 300 Prozent. Also Gegenwart auf Kosten der Zukunft. In einigen Nachbarländern sieht es sogar noch schlimmer aus, in Amerika auch. Da stellt sich, Herrschaft noch `mal, die Frage: Wie sollen die nachfolgenden Generationen das

bewältigen? Ohne Strukturänderungen, etwa längere Lebensarbeitszeit, ist das nicht zu packen. Deswegen braucht es, parallel zur Umweltpolitik, auch in der Finanzpolitik Nachhaltigkeit. Das ist der Grund für den Stabilitätspakt. Es dürfen nicht nur nicht die drei Prozent überschritten werden – langfristig muss es close to balance sein und in absehbarer Zeit muss es auch Überschüsse geben. Denn sonst zerstören wir die Zukunft kommender Generationen. Darum geht es – nicht nur um Zahlen!

Welt am Sonntag: Welche Rolle spielte Horst Köhler bei der Einführung des Euro?

Waigel: Eine ganz wichtige. Auf seinen Vorschlag hin wurde im Bundesfinanzministerium 1991 ein eigener Entwurf zur Wirtschafts- und Währungsunion erstellt. Bis zu diesem Zeitpunkt war man mehr oder weniger vom Delors-Plan ausgegangen. Mit einem eigenen Entwurf haben wir zwar am Anfang die anderen, insbesondere die Franzosen, geschockt – aber dann gab es eine Grundlage, auf der man arbeiten konnte.

Welt am Sonntag: Der deutsche Sündenfall kam 2003, als Deutschland die 3-Prozent-Marke riss.

Waigel: Ja, das war ein unverzeihlicher Sündenfall, den ich Gerhard Schröder vorwerfe...

Welt am Sonntag: ...der den Fehler inzwischen eingesteht... ...ja, und auch Steinbrück – damals nicht Finanzminister – sieht das so. Das hätte einfach nicht passieren dürfen. Denn wir Deutsche waren es doch, die die anderen Staaten zum Stabilitätspakt nicht überredet, sondern geradezu gezwungen haben. Wenn wir dann die Kriterien verletzen – dann ist natürlich die Moral komplett dahin.

Die D-Mark ermöglichte das Wirtschaftswunder



Foto: DPA Die gute alte Mark: Am 20. Juni 1948 wurde die Währung D-Mark in den drei Westsektoren des von den Alliierten besetzten Deutschlands an die Bevölkerung ausgegeben. Damals gab es sogar 50-Pfennig-Scheine.



Foto: dpa Doch es kam noch dicker: Die Bundesbank brachte 1964 den Tausender heraus. Der Schein zeigt den Magdeburger Theologen Johannes Scheyring (er lebte von 1454 bis 1516).



Foto: dpa Jeder Bürger im Westsektor erhielt zunächst am 20. Juni 1948, einem Sonntag, 40 Mark Kopfgeld. Zugleich hob der spätere Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die Rationierung der Waren auf - gegen den Willen der Westmächte.



Foto: picture-alliance / akg-images Schlange stehen: Auf das neue Geld mussten die Menschen wie hier vor dem Hamburger Wirtschaftsamt stundenlang warten.



Foto: picture-alliance / akg-images Auch der Ostsektor führte eine eigene Mark ein. Zunächst wurden eilig bisherige Reichsmark-Scheine mit Wertmarken überklebt. Deswegen hieß die Ost-Mark auch "Klebe-Mark" oder "Tapetenmark". Dieser Schein allerdings ist neu entworfen.



Foto: dpa_DENA Die Sowjetzone zog am 23. Juni 1948 nach. Daher florierte bald der Tausch. Härtere D-Mark war zeitweise wie hier am Potsdamer Platz in Berlin bis zu 5 Ostmark wert. Damit konnten Westberliner im Osten günstig einkaufen.



Foto: dpa In den Westsektoren wurden bis dahin in Reichsmark berechnete Löhne, Gehälter und Mieten 1:1 umgestellt. Sparguthaben in Reichsmark verloren an Wert, sie wurden 10:1 übertragen. Glück hatte also, wer damals Haus oder Sachwerte wie Gold besaß. Auch Aktien blieben gleichwertig.



Foto: dpa Zum Vergleich: Ein VW Käfer kostete 1948 noch 5300 Mark.



Foto: dpa Mit der Währungsreform war das wirtschaftliche Fundament Westdeutschlands geschaffen. Die Sowjetunion reagierte mit der Berlin-Blockade. Die West-Alliierten versorgten West-Berlin dann aus der Luft mit Lebensmitteln.



Foto: dpa Die Sowjetunion wollte die West-Berliner aushungern - und scheiterte. Im Mai 1949 wurde die Blockade wieder aufgehoben. Die Luftbrücke war beendet.



Foto: dpa Die Bürger der DDR bekamen die D-Mark erst 42 Jahre nach der Einführung im Westen: am 1. Juli 1990. Die DDR-Bürger standen Schlange vor den Bank-Filialen wie hier in Berlin-Friedrichshain.



Foto: dpa-Zentralbild Am Abend zuvor konnten die Menschen noch ihre letzten Bargeld-Bestände in Ostmark auf den Kopf hauen, wie in diesem Berliner Club.



Foto: dpa Am 1. Juli 1990 hoben die DDR-Bürger an rund 15.000 Auszahlungsstellen etwa drei Milliarden D-Mark ab. Wieder galt ein Tauschkurs von 1:1 bei Löhnen, Mieten und Renten zur DDR-Mark. Sparguthaben wurden nur bis zu einem Grenzbetrag von maximal 6000 DDR-Mark 1:1 getauscht, darüber hinaus im Kurs 2:1.



Foto: dpa Dieser Mann steht vor der Sparkassenfiliale in Leipzig an der Karl-Liebknecht-Straße / Ecke Hohestraße. Auf den Montags-Demos hatten Tausende zuvor skandiert: "Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zu ihr!"



Foto: dpa Das DDR-Geld ist heute bei Sammlern begehrt - kaufen kann man sich damit nichts mehr.



Foto: dpa Diese junge Frau steckte sich das alte Ost-Geld an den Hut. Auf dem ebenfalls blauen Hunderter der DDR war übrigens der Philosoph und Vordenker des Sozialismus, Karl Marx (1818 bis 1883), zu sehen.



Foto: dpa Das Ende der DDR-Mark: In einem alten Bergwerksstollen in Sachsen-Anhalt vergammelten etwa 100 Milliarden Ostmark jahrelang. Sie wurden später im Kraftwerk Buschhaus in Niedersachsen verbrannt.



Foto: dapd/DAPD Doch kaum hatten sich die Menschen an die neue Optik der Mark gewöhnt (der Hunderter zeigt die Pianistin Clara Schumann, sie lebte von 1819 bis 1896), plante die Europäische Union schon den nächsten Schritt.



Foto: dpa Bereits der Maastricht-Vertrag der EU von 1992 sieht eine Währungsunion vor. In elf EU-Ländern galt ab 1999 auf dem Papier schon die gemeinsame Währung Euro. Kurz vor der Währungsreform am 1. Januar 2002 rollten dann die Geldtransporte durchs Land.



Foto: dpa Silvester 2001: Drei Männer lachen. Sie haben die ersten gültigen Euroscheine in den Händen. V.r. Bundesfinanzminister Hans Eichel, Bundesbankpräsident Ernst Welteke und der Chef der Dresdner Bank, Bernd Fahrholz. Das Geld gibt es noch, die Männer sind ihre damaligen Jobs längst los.



Foto: dpa-Zentralbild Der Euro ist zumindest bis 2006 ebenso stabil wie die D-Mark - seit einem guten Jahr nimmt die Inflation in der Eurozone jedoch deutlich zu. Doch viele misstrauen dem Euro nach wie vor...



Foto: dpa Deutsche Mark vs. Euro



Foto: dpa Die Euro-Zeit begann für die meisten Menschen ab 2001 mit dem Kauf eines Starter-Kits. Wert: 10,23 Euro - oder eben 20 D-Mark. Der Umrechnungskurs von Euro zu Mark lag bei 1:1,95583.



Foto: Archiv_Hansestadt_Lübeck Die Deutschen lieben ihre Mark immer noch: Jeder Dritte will laut Umfragen die D-Mark wiederhaben. Ob das an der Geschichte liegt? Die ersten Markstücke gab es 1502 in der freien Reichsstadt Lübeck (l.).



Foto: dpa Unbrauchbar: Über die Landesbanken ausrangierte Markstücke werden mehrfach verbogen. Aus dem geschmolzenen Rohstoff werden später wieder Eurostücke geprägt.



Foto: DPA Auch D-Mark-Blüten - Falschgeld - tauchten immer noch auf. Die Polizei in Düsseldorf stellte im April 2008 noch 168 falsche 100-Mark-Scheine sicher, die ein Niederländer bei der Bundesbank in Euro tauschen wollte.



Foto: dpa Und mancherorts konnten Kunden in Deutschland noch sehr lange in D-Mark einkaufen - wie in dieser Apotheke in Mainz.

Welt am Sonntag: Zurück zur Einführung des Stabilitätspakts. Wer war damals dagegen?

Waigel: Es waren fast alle skeptisch. An unserer Seite standen die Niederländer, die Österreicher, die Finnen – alle anderen waren sehr skeptisch. Dann aber meldete sich in der entscheidenden Sitzung als erster der italienische Finanzminister und stimmt mir voll zu. Ich fragte ihn: „Warum ausgerechnet Du?“ Und er antwortete: „Weil wir das, was in der italienischen Innen- und Finanzpolitik nötig ist, ohne europäischen Druck niemals durchsetzen könnten.“ Der Stabilitätspakt hat Italien damals geholfen – und das könnte sich jetzt wiederholen. Italien kann es schaffen.

Welt am Sonntag: Ministerpräsident Monti hat ein ehrgeiziges Reformprogramm erarbeitet. Er ist aber vom Parlament abhängig – von denen also, die Italiens Misere bisher nicht verhindert haben.

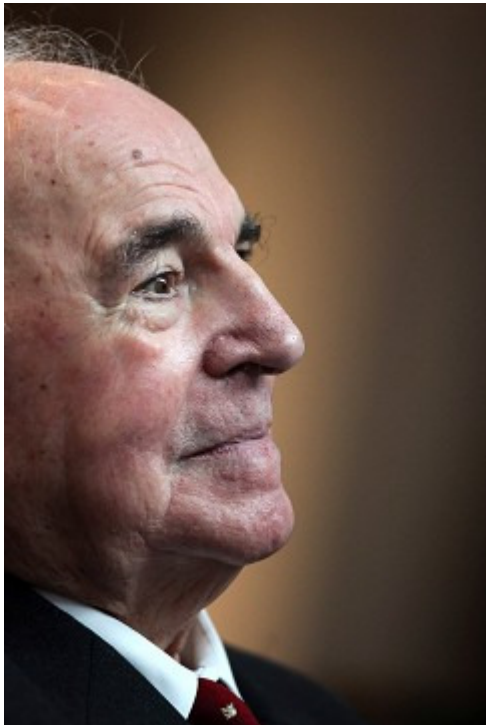
Waigel: Er muss seinen Weg gehen, darf nicht nach links und rechts schießen. Ministerpräsident Ciampi ist es damals ja auch gelungen, eine Mehrheit in eben diesem Parlament zu finden.

Monti muss den Leuten klipp und klar sagen: Wenn ich scheitere, scheitert das Land.

Welt am Sonntag: Wie haben Sie trotz Widerständen den Stabilitätspakt durchgesetzt?

Waigel: Ich habe so argumentiert: Gesetzt den Fall, das Land X und das Land Y erfüllen 1997 die Kriterien, und dann gibt es Neuwahlen, und die neue Regierung sagt dann plötzlich, was kümmert uns das dumme Geschwätz unserer Vorgänger – wir halten uns an das Motto: Mach dich fit durch Defizit...

Welt am Sonntag: ...so wie es der französische Präsidentschaftskandidat Hollande heute ja vorschlägt...



Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl: Harte Auseinandersetzungen um den Euro

Waigel: ...genau. Und ich habe damals gesagt, für diesen Fall brauchen wir ein Verfahren. So kamen wir auf den Stabilitätspakt. Auf dem Gipfel in Dublin im Dezember 1996 gab es dann eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen Helmut Kohl und mir auf der einen Seite und Chirac auf der anderen. Chirac hat am Ende, nach guten Kompromissvorschlägen von Juncker, eingelenkt. Ich wollte eine stärkere Automatik, wie sie jetzt

kommt. Aber das war damals mit den Franzosen nicht zu machen.

Welt am Sonntag: Der Haken ist doch bis heute: Am Tisch sitzen Sünder, die über ihre Sünden befinden sollen. Das kann doch nicht gut gehen.

Waigel: Für den Stabilitätspakt gilt: Sünder dürfen nicht über sich selbst mitbestimmen. Ich wünsche mir die Schaffung eines unabhängigen Gremiums, das darüber entscheidet, wer Sünder ist und wer nicht, und das den Regierungs- und Staatschefs dieses Urteil mit auf den Weg gibt. Und zweitens müssen und werden die Märkte in Zukunft besser funktionieren. Das Problem war ja auch, dass die Märkte die falsche Finanzpolitik etwa Griechenlands nicht rechtzeitig im Fokus hatten.

Welt am Sonntag: Haben Sie 1996 dafür gekämpft, dass ein Land, das die Stabilitätskriterien nicht erfüllt, zeitweise aus der Währungsunion ausgeschlossen werden kann?

Waigel: Es war klar: Ausschluss – das wäre schwer durchzusetzen gewesen. Ich habe aber gesagt: Wenn ein Land gehen will, dann kann man es nicht halten. Ich war überzeugt, dass es möglich sein muss, sich von einem Land zu trennen, das seinen Verpflichtungen notorisch nicht nachkommt. Wenn aber ein Land bereit ist, sich den Bedingungen der Hilfe zur Selbsthilfe zu unterwerfen, dann muss man jedem Land die Chance geben, diesen Weg auch zu gehen.

Welt am Sonntag: „Jeder in Europa muss sich darüber im Klaren sein, alles was wir wirtschaftlich erreicht haben, können wir auf Dauer nur bewahren, wenn wir es auch politisch absichern. Eine Wirtschaftsunion ist nur dann überlebensfähig, wenn sie sich auf eine politische Union stützen kann.“ Das sagte Helmut Kohl in einer Regierungserklärung im Jahre 1992. Warum ist in den 19 folgenden Jahren bis heute die politische Union praktisch nicht vorangekommen?

Waigel: Wir haben mit dem Vertrag von Maastricht den ökonomischen Teil gut bewältigt. Das gilt für den politischen Teil nicht. Da hätte es schneller und früher zu einer stärkeren Eini-

gung kommen müssen. Die Anstrengungen dazu waren ungenügend. Auch hier waren es Frankreich und Großbritannien, die vor allem auf ihre nationale Identität geachtet haben. Die politische Union ist nicht an Deutschland gescheitert.

Welt am Sonntag: Was wäre eigentlich so schlimm daran, wenn ein europäischer Staat Konkurs geht?

Waigel: Es kommt darauf an, wann das stattfindet. Bei der ungeheuer starken Interdependenz der Staaten, die heute herrscht, ist das ein Problem. Die wechselseitige Abhängigkeit voneinander hat Dimensionen angenommen, die man sich vor zehn Jahren noch nicht vorstellen konnte. **Dennoch muss man auch heute auf einen möglichen Konkurs eines Staates vorbereitet sein. Denn wenn ein Staat die Bedingungen des Stabilitätspakts nicht erfüllt und das Versprochene nicht leistet, dann bleibt am Ende nichts anderes übrig als die nächste Tranche zu verweigern. Und dann ist eben Konkurs!** Doch man täusche sich nicht: Die Kosten eines solchen Konkurses wären für alle EU-Länder beträchtlich. Unsere Verantwortung für ein kollabiertes Griechenland wäre ja nicht erloschen. Ich benutze einen Vergleich: Griechenland ist wie ein blinder Passgier, der auf hoher See plötzlich an Bord kommt und sagt: Ich bin jetzt da. Was soll man mit dem machen? Wenn man Stammtische in Bayern befragte, dann würden 80 Prozent sagen: über Bord mit ihm! Zehn Prozent würden sagen, gib ihm eine Schwimmweste. Nur zehn Prozent würden sagen: Halt, ein solches Verhalten verbietet uns die christliche Seefahrt. Weiß Gott, er soll nicht Kaviar und Champagner bekommen in der Kapitänskajüte. Aber so viel Brot und Wasser wie er braucht, um wieder zu Kräften zu kommen: Das sollte man ihm schon geben.

Welt am Sonntag: Wie beurteilen Sie das gegenwärtige europäische Krisenmanagement von Angela Merkel und Herrn Sarkozy?

Merkel verteidigt Beschlüsse des Euro-Gipfels



Waigel: Ich halte es für gut – vor allem in den vergangenen Monaten.

Welt am Sonntag: Hätte es schneller gehen müssen?

Waigel: Vielleicht. Die Frage ist nur, ob die anderen Länder dazu vor einem Jahr schon bereit gewesen wären. Ich glaube nicht. Ich finde es gut, dass jetzt das Sekundärrecht des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in ein Primärrecht der 26 umgewandelt wird. Der Druck auf die einzelnen Länder, ihre Verhältnisse in Ordnung zu bringen, ist notwendig. Die Banken haben die Staaten gerettet. Wer rettet aber nun die Staaten? Das kann nicht eine imaginäre Macht tun, das müssen sie selber tun.

Welt am Sonntag: Moment, auch jetzt sind doch Sanktionen nicht wirklich durchsetzbar gegen eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat. Schon wieder ein Konstruktionsfehler?

Waigel: Nein, das glaube ich nicht, ich halte es für machbar. Wenn die 26 sich vertraglich verpflichten, sich daran zu halten, dann können sie nicht im Europäischen Rat anders abstimmen.
Welt am Sonntag: Deutschland ist heute der Motor der EU, unausweichlich. Die EU war aber immer ein Gebilde, in dem alle Mitglieder – formal wenigstens – gleich zählten. Ist eine monozentrische EU tragbar?

Waigel: Deutschland hat heute eine Verantwortung wie nie zuvor in den vergangenen 50 Jahren. Das ist Chance und Last

zugleich. Deutschland hat zum ersten Mal seit Jahrhunderten die Chance, eine produktive Rolle in Europa zu spielen und Europa entscheidend voran zu bringen. Das kann heute nur Deutschland. Aber Deutschland allein kann es nicht. Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich war immer sehr – sagen wir mal – ungleich. Adenauer und de Gaulle waren sehr unterschiedliche Persönlichkeiten, Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing auch, und Helmut Kohl und Mitterrand: Ungleicher kann man kaum sein. Und die zwei heute sind, weder physisch noch sonst wie, einander ähnlich. Und ist es ihnen allen immer wieder gelungen, aufeinander zuzugehen. Ich finde das toll. Aber dieses Duo reicht nicht. Es müssen – Helmut Kohl hat das besser verstanden als jeder andere – auch die Kleineren mitgenommen werden.

Welt am Sonntag: Geschieht in dieser Hinsicht zurzeit zu wenig?

Waigel: Es sieht so aus. Etwa die Niederländer, die Österreicher, die Luxemburger, die Finnen und einige andere: Es muss mehr getan werden, um sie mitzunehmen.

Welt am Sonntag: Sie stellen es meist so dar, als habe in der Frage der Währungsunion wie der politischen Union kein Blatt zwischen Sie und Helmut Kohl gepasst. Tatsächlich haben Sie doch mehr gedrängt – während Helmut Kohl dachte, die Währungsunion zieht automatisch die politische Union nach sich, nach der Devise: Der Bimbes wird's schon machen.

Waigel: Na ja, Kohl wollte schon die politische Union.

Welt am Sonntag: Aber Sie wollten sie energischer?

Waigel: Ja.

Welt am Sonntag: Kommt jetzt die politische Union?

Waigel: Noch nicht. Was jetzt in Brüssel beschlossen worden ist, ist ja nicht mehr als die Festigung des Stabilitätsregelwerkes.

Welt am Sonntag: Sie sind der Erfinder des Namens „Euro“. Wie kamen Sie darauf?

Waigel: Gute Frage. Das Thema hat mich lange umgetrieben. Es gab ja vorher den Namen ECU, den Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing beibehalten wollten. Der Name kam den Franzosen sehr entgegen, es gab ja schon eine französische Münze gleichen Namens – das hätte sie mit einer gemeinsamen Währung vielleicht versöhnen können, es wäre eine Art Morgengabe an die Franzosen gewesen. Wir buchstabierten ECU anders: European Currency Unit. Also Entschuldigung, wenn ich damit zu meinen Nachbarn in Schwaben gegangen wäre und ihnen gesagt hätte, hier habt Ihr die European Currency Unit – die hätten mir gesagt: Geh zum Teufel damit. Mir war klar, das geht gar nicht, das ist in Deutschland nicht mehrheitsfähig.

Welt am Sonntag: In anderen Ländern schon?

Waigel: In anderen war die Frage nicht so wichtig. Nach der von allen geschätzten D-Mark nun auf einmal einen Namen, denn man gar nicht richtig aussprechen kann – also das wäre nicht gegangen. Dann habe ich mir den Kopf zerbrochen: Wie könnte die Währung heißen? Und ich habe in der Tat zuerst an „Franken“ gedacht. Das wäre doch nicht so schlecht für die Franzosen gewesen, wieder eine Morgengabe, um die bittere Medizin zu versüßen. Auch der alte „Taler“ wäre möglich gewesen – „Pfund“ nicht und „Schilling“ auch nicht. Und „Mark“ sowieso nicht – da hätten wir ja nur die Unterstützung von Dänemark gehabt und von Finnland, weil die ja die „Finnmark“ hatten.

Welt am Sonntag: Warum setzte sich der Name „Franken“ bzw. „Franc“ nicht durch?



Der ehemalige spanische Regierungschef Felipe Gonzalez: Wehrte sich gegen den Begriff "Franken"

Felipe Gonzalez, ehemaliger spanischer Regierungschef

Waigel: Das ist an Felipe Gonzalez, dem spanischen Regierungschef, gescheitert. Der hat gesagt: „Dann hieße die Währung bei uns ‚Franco‘ – das geht nach der Franco-Diktatur wirklich nicht.“

Welt am Sonntag: Hätte der spanische Diktator also Rodriguez und nicht Franco geheißen, dass hieße der Euro heute Franken? Das ist sehr gut möglich. Ich habe mir, wie gesagt, den Kopf zermarteter. Plötzlich fiel mir ein: Wir haben ja die Eurocard, wir haben Eurocopter und eine ganze Reihe von Dingen, in denen das Wort „Euro“ vorkommt. Warum also nicht Euro? Das klang doch klar und deutlich. Der erste, mit dem ich darüber sprach, war mein ehemaliger Staatssekretär Hans Tietmeyer, zu diesem Zeitpunkt schon Chef der Bundesbank. Ich sagte ihm: „Ganz unter uns, könnten Sie sich vorstellen, das Ding heißt ‚Euro‘?“ Und er antwortete mir umgehend: „Genau das Gleiche habe ich mir auch gedacht.“ Ich bekam übrigens von verschiedenen Seiten und vielen Bürgern Briefe mit Namensvorschlägen – Euro war nicht darunter.

Welt am Sonntag: Wissen Sie noch den Moment, als Ihnen der Name kam?

Waigel: Ich glaube es war, als ich einmal meine Kreditkarte in der Hand hatte, drauf blickte und mir dachte: Herrschaft, das ist es doch. Mit dem Vorschlag bin ich dann zu Helmut Kohl gegangen. Und der sagte, was ich befürchtet hatte: „Das wird nicht einfach werden, die Franzosen werden dagegen sein.“ Aber er sagte mir, ich solle es probieren. Ich ging zuerst zu dem französischen Finanzminister Jean Arthuis, ein sehr vernünftiger Mann aus dem Departement Mayenne, Vorsitzender einer kleinen Partei. Der schaute mich sorgenvoll an – lehnte aber nicht grundsätzlich ab. Wir beide verstanden uns gut, und so konnte ich ihm erklären: „Du, das mit dem ECU schaffe ich nicht, das geht bei uns nicht.“ Und er sagte, das mit dem Euro werde für ihn auch nicht einfach werden, aber, fügte er hinzu: „Lass es uns versuchen.“

Welt am Sonntag: Wie fiel dann der Beschluss?

1995 kam der europäische Gipfel in Madrid. Helmut Kohl ließ mir völlig freie Hand, ich stellte meinen Vorschlag am Anfang der Sitzung vor. Ich hatte zuvor sogar noch einen Kompromissvorschlag gemacht: Die Währung sollte Eurofranken, Euro-mark und so weiter heißen. Davon haben mich die Notenbanker aber ganz schnell abgebracht. „Mein Gott“, haben sie gesagt, „was bekommen wir da für ein Durcheinander. Die Währung muss einen einheitlichen Namen tragen.“ Wie absurd wäre eine Überweisung von Deutschland nach Frankreich gewesen: 500 Euromark werden zu 500 Eurofrancs!

Welt am Sonntag: Wie weiter auf dem Gipfel von Madrid?

Waigel: Es gab eine tolle Diskussion, da ich Steno kann, habe ich sie vollständig mit stenografiert, 20 Seiten lang. Als erster meldet sich Chirac und sagt: „Dafür brauche ich ein Referendum.“ Darauf erwiderte Helmut Kohl sehr geschickt: „Jacques, das solltest Du Dir sehr gut überlegen. Was machen wir denn, wenn in Europa 80 Millionen Stimmen für ‚Mark‘ kommen und vielleicht nur 40 Millionen für ‚Franc‘ oder ‚Ecu‘?“ Chirac hat die Referendums-idee umgehend begraben. Die Diskussion kam in Gang, von Anfang an unterstützte mich der Sozialist Felipe Gonzalez, der die Verhandlungsführung hatte, danach ein paar andere auch. Und am Schluss hat Chirac eingelenkt und mei-

nem Vorschlag zugestimmt. Am Ende gab es keine einzige Gegenstimme.

Welt am Sonntag: In der Zeit, als Sie Bundesfinanzminister waren, waren Sie im Zweitjob auch Vorsitzender der CSU. Keine gemütliche Situation: Sie wollten den Euro, Ihre Partei wollte ihn nicht. Haben Sie deswegen Helmut Kohl gebeten, nicht mehr von den Vereinigten Staaten von Europa zu sprechen?

Waigel: Es gab damals darüber eine breite Diskussion in der ganzen politischen Elite. Es wurde uns klar, dass die Vereinigten Staaten von Europa, die Adenauer und auch Strauß noch ganz selbstverständlich in Ihre Programme geschrieben hatten, auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar sein würden. Man ging auf das zurück, was de Gaulle das „Europa der Vaterländer“ genannt hatte. Diese Debatte wurde gerade auch in der CSU sehr scharf geführt. Es ging darum, die Identität der Nation zu bewahren. Mitte der 90er-Jahre war nicht sehr klar, was über die Währung hinaus noch weiter vergemeinschaftet werden könnte. Europa ist heute kein Staatenbund mehr, und es ist noch kein Bundesstaat, wie es einmal angedacht gewesen war. Sondern ein Staatenverbund, eben eine Union.

Welt am Sonntag: Edmund Stoiber hat es Ihnen in dieser Zeit ja nicht eben einfach gemacht.

Waigel: Es gab da unterschiedliche Phasen. In der ersten Phase bis hin zur Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages war das Verhältnis zur CSU – damals regierte ja noch Max Streibl – durchaus konstruktiv. Streibl hat sehr darauf hingewirkt, dass das Europa der Regionen Berücksichtigung fand – und das ist ja auch erreicht worden, ein sehr wichtiger Schritt. Was Maastricht angeht, stand Edmund Stoiber, damals bayerischer Innenminister, am Anfang auf meiner Seite – im bayerischen Kabinett war es vor allem Peter Gauweiler, der mich angriff, mit seiner berühmt gewordenen Wendung vom „Esperantogeld“. Auf einem CSU-Parteitag 1992 war Edmund Stoiber voll auf meiner Seite. Als er dann aber 1993 Ministerpräsident wurde, war er mit der Tatsache konfrontiert, dass der Euro gerade unter der bayerischen Bevölkerung durchaus umstritten war. Er ging in der Folgezeit immer mehr auf Distanz zum Euro.

Und obwohl ich in Sachen Stabilitätspakt keine Ermahnungen nötig hatte, meinte er, er müsse öffentlich Druck auf mich ausüben. Kurz vor der Abstimmung über die Wirtschafts- und Währungsunion im April 1998 hatte das bayerische Kabinett unter Stoiber beschlossen, im Bundesrat dagegen zu stimmen. Und man schlug mir vor: Im Bundestag stimmt der Theo Waigel mit der CSU-Landesgruppe für den Euro und im Bundesrat stimmt der Edmund Stoiber im Namen der bayerischen Staatsregierung dagegen – und dann vertragen wir uns wieder.

Welt am Sonntag: Haben Sie sich auf diese kölsche Lösung eingelassen?

Waigel: Nein. Ich habe ihm gesagt: Entweder entscheidet die CSU über ein so großes Zukunftsprojekt gemeinsam oder der Parteivorsitzende und Finanzminister zieht seine Konsequenzen und zieht sich von beiden Ämtern zurück. Und ich fügte hinzu, ich würde das nicht leise tun. Denn das wäre eine Abkehr von der bisherigen Europapolitik der CSU. Und so kam es im Bundesrat zu dem Ja Bayerns. Nur Sachsen unter Kurt Biedenkopf hat sich enthalten.

Welt am Sonntag: Das ist auf Dauer nicht befriedigend. Muss Europa jetzt einen Sprung machen?

Wir sind auch jetzt in einer Phase, wo die Dinge weiterhin intergouvernemental gelöst werden. Das wird wohl noch zehn bis 15 Jahre so bleiben. Wenn das klappt, wenn es gut geht mit der gemeinsamen Wirtschaftsregierung – dann wird der Punkt kommen, an dem nicht nur die politische Elite sagt, dass jetzt der Schritt zur vollen Vergemeinschaftung ansteht.

Welt am Sonntag: Warum gehen Sie so vorsichtig mit dem schönen Begriff „Vereinigte Staaten von Europa“ um, den Churchill, Adenauer, Strauß, Brandt und andere so selbstverständlich benutzt haben? Staaten: Das ist doch Plural, Pluralität der Nationen. Ist es nicht längst Zeit, den Begriff wieder aus der Asservatenkammer zu holen?

Waigel: In der langen Perspektive sollte man ihn nicht aufgeben. Aber man muss realistisch bleiben: Auf absehbare Zeit

werden wir mit den Regeln und Institutionen, die wir jetzt haben, vorlieb nehmen müssen. Andernfalls würden wir die Menschen und auch die Politik überfordern. Es besteht ja wirklich die Gefahr, dass dann anti-europäische und nationalistische Bewegungen großen Zulauf bekommen könnten. Vielleicht sollten wir von den Vereinten Nationen von Europa sprechen.

Welt am Sonntag: 2000 hat Joschka Fischer in einer viel beachteten Rede eine „Finalität“ Europas gefordert, es müsse ein Ziel des Vereinigungsprozesses geben. Das ist nun elf Jahre her, geschehen ist in dieser Zeit aber fast nichts. Noch einmal: Muss jetzt nicht das europa-finalistische Tempo etwas gesteigert werden?

Waigel: Dieser Diskurs wird kommen. Und ich vermute, er wird vor allem von den Europaabgeordneten geführt werden. Es gibt freilich auch eine Gegenbewegung in den Landtagen und im Bundestag, wo man einen Verlust an Befugnissen befürchtet. Je mehr sich aber, entsprechend der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes, der Bundestag mit Europa beschäftigt, desto größer wird die Chance, dass die Kluft zwischen nationalen Parlamenten und Europaparlament verringert wird. Und die Vertiefung, die auf dem letzten Gipfel vom 8. und 9. Dezember beschlossen worden ist, bedarf ja auch einer entsprechenden parlamentarischen Begleitung – das alles können ja nicht die Regierungschefs alleine unter sich aushandeln. Es wäre ja denkbar, dass das Europaparlament eine Sondergruppe einrichtet, die diesen Prozess parlamentarisch begleitet. Die Beschlüsse des Gipfels dürfen nicht nur gouvernemental umgesetzt werden, auch das Parlament muss die Fäden in der Hand haben.

Welt am Sonntag: Angesichts des Demokratiedefizits des europäischen Integrationsprozesses warnt Bundestagspräsident Lammert immer wieder vor einer drohenden Entmachtung des Parlaments. Hat er recht?

Waigel: Gewiss, das Demokratiedefizit gibt es. Was aber Herr Lammert meint, das sind die natürlichen Reflexe der Staatsorgane in Deutschland. Damit befindet er sich in Übereinstim-

mung mit der Bundesbank, die ihren Souveränitätsverlust gegenüber der EZB nur ungern hingenommen hat. Ich würde Herrn Lammert – den ich ja schon lange gut kenne und der bei mir in der Arbeitsgruppe Wirtschaft Ende der 70er-Jahre mitgewirkt hat raten, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, sich viel mehr als bisher mit Europafragen zu befassen. Ich würde mich freuen, wenn nicht nur in dem einen Europa-Ausschuss über Europa diskutiert würde, sondern Europa auch vorrangiges Thema in den Ausschüssen für Haushalt, Finanzen, Wirtschaft und Außenpolitik würde. Darauf sollte Herr Lammert hinwirken. Denn das würde dem europäischen Bewusstsein in Deutschland auf die Sprünge helfen.

Welt am Sonntag: Ist eine aus der Mitte des Europaparlaments gewählte europäische Regierung denkbar?

Waigel: Ja, das glaube ich schon. Die Kommission muss sich ändern, sie braucht eine stärkere Verankerung gegenüber dem Parlament.

Welt am Sonntag: Gibt es ein europäisches Gemeinschaftsgefühl? Fühlen Franzosen, Deutsche, Italiener, Polen und so weiter sich als Bürger nicht nur ihrer Länder, sondern Euro-pas?

Waigel: Noch zu wenig. Da waren wir Ende der 50er-Jahre vielleicht schon weiter gewesen. Es ist noch kein europäisches Bewusstsein entstanden. Da muss man sich nicht wundern – war doch die gesamte Europa-Diskussion der vergangenen Jahre ausschließlich eine Negativdiskussion: Probleme, Probleme, Probleme, Zweifel, Zweifel, Zweifel. Verlust an Kompetenz, Verlust an Identität. Und über die Währung hinaus gab es ja gar keine Zukunftsprojekte mehr. Es stockt in der gemeinsamen Verteidigungs- und Außenpolitik, wir waren unfähig, eine europäische Ratingagentur ins Leben zu rufen. Allerdings glaube ich, dass es unter jungen Leuten – und nur unter ihnen – sehr wohl schon eine europäische Identität gibt.

Welt am Sonntag: Nochmals zur Finalität: Soll Europa nach dem Modell des Reichs oder nach dem k.u.k.-Modell geformt sein?

Waigel: Auch wenn das Wort im Vaterunser vorkommt: bitte nicht nach dem Modell des Reichs. Damit hatten wir unsere Erfahrungen, das will niemand mehr. Ich will ein Europa der konzentrischen Kreise. Der innerste Kreis ist die Wirtschafts- und Währungsunion, in der man engstens zusammen arbeiten muss und in der das Defizit der Portugiesen für uns genauso wichtig ist wie für die Portugiesen. Der nächste Kreis, das sind die Mitglieder der EU, aus deren jeder zur Wirtschafts- und Währungsunion dazu stoßen kann, wenn er die Kriterien erfüllt. Diese Union muss für jeden offen sein – kein closed shop. Und der dritte Ring, das sind die Beitrittskandidaten. Und schließlich die Anrainer: die Türkei, Russland, die Ukraine.

Welt am Sonntag: Das Symbol für den Euro ist nicht gelungen. Es sieht künstlich und ein bisschen nach Esperanto aus.

Waigel: Nein, das E ist doch wirklich erkennbar. Es ist runder als die eckige Schrift, die wir einmal gelernt haben. Es ist schon gelungen – vielleicht nicht ganz so gut wie der Name.

Welt am Sonntag: Wirbt die Politik energisch genug für Europa?

Waigel: Nein. Ich habe da eine Idee, die nur leider niemand aufgreift: Man sollte einen Senat der Älteren gründen, in dem es vor allem um die Zukunft Europas geht. Die Bundeskanzlerin sollte die ehemaligen Bundespräsidenten Scheel, von Weizsäcker, Herzog und Köhler, die Ex-Kanzler Schmidt, Kohl und Schröder, die Ex-Außenminister Genscher, Kinkel und Fischer und vielleicht auch – wengleich ich da befangen bin – den einen oder anderen Ex-Finanz- oder Wirtschaftsminister zu einer Runde zusammenrufen. Das könnte vielleicht helfen, die eine oder andere schwierige europapolitische Entscheidung auf eine breitere Basis zu stellen.

Welt am Sonntag: Hat die Bundeskanzlerin auf diesen Vorschlag reagiert?

Waigel: Bisher noch nicht.

Welt am Sonntag: Wie lange wird es den Euro geben?

Waigel: Der Denar des Römischen Reichs hatte vier Jahrhunderte lang Geltung. So viel Zeit gebe ich dem Euro auch – dann kommt es zur Weltwährungsunion.

Welt am Sonntag: Ist Geld ein bloßes Zahlungsmittel oder hat es auch eine moralische Dimension?

Waigel: Da antworte ich mit einem kleinen Gedicht von Reiner Kunze: „Wort ist währung, / je Wahrer desto härter.“ Es gibt ein ganz inniges Verhältnis zwischen Geld, Vertrauen und Moral.

Welt am Sonntag: In einer Laudatio auf Sie hat Martin Walser kürzlich gesagt, für Geistmenschen sei es etwas peinlich, dass Europa weniger durch politische Philosophie als durch eine Währung wirklich wurde.

Waigel: Damit sagt er, dass die Hoffnung jener enttäuscht wurde, die meinten, Europa werde durch die Kultur vereint werden. Das konnte nicht funktionieren, denn Kultur ist etwas Individuelles, hat soviel mit Identität und Vielfalt zu tun, dass von hier her Einheit gar nicht kommen kann. Viele Kulturen und eine Währung – so ist es gut.

Banken fürchten kriminelle Machenschaften

„Sind Banken generell einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, durch menschliche Fehler und Betrugshandlungen, die von eigenen Mitarbeitern ausgehen, geschädigt zu werden?“



Angaben in Prozent

Quelle: Ernst & Young, November 2011

Foto: Infografik Welt Online Die Bank-Vertreter sind sich unschlüssig, ob ihre Branche von kriminellen Machenschaften besonders betroffen ist.

„Hat sich das Risiko für Banken, durch menschliche Fehler und Betrug geschädigt zu werden, in den vergangenen Jahren erhöht?“



Angaben in Prozent

Quelle: Ernst & Young, November 2011

Foto: Infografik Welt Online Allerdings glauben viele, dass sich das Risiko zuletzt erhöht hat...

„Wird das Risiko für Banken, durch eigene Mitarbeiter geschädigt zu werden, in den nächsten Jahren steigen?“

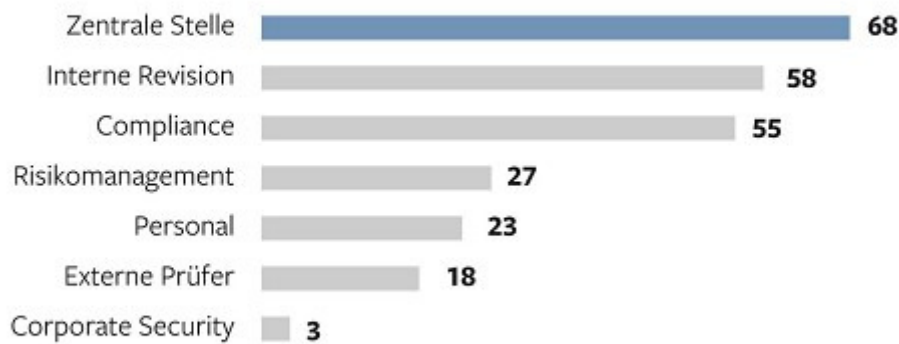


Angaben in Prozent

Quelle: Ernst & Young, November 2011

Foto: Infografik Welt Online ...und weiter steigen wird.

„Welche Stellen übernehmen bei Ihnen die Bearbeitung von Betrugsverdachtsfällen?“



Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

Quelle: Ernst & Young, November 2011

Foto: Infografik Welt Online Doch die Banken haben Vorkehrungen getroffen.